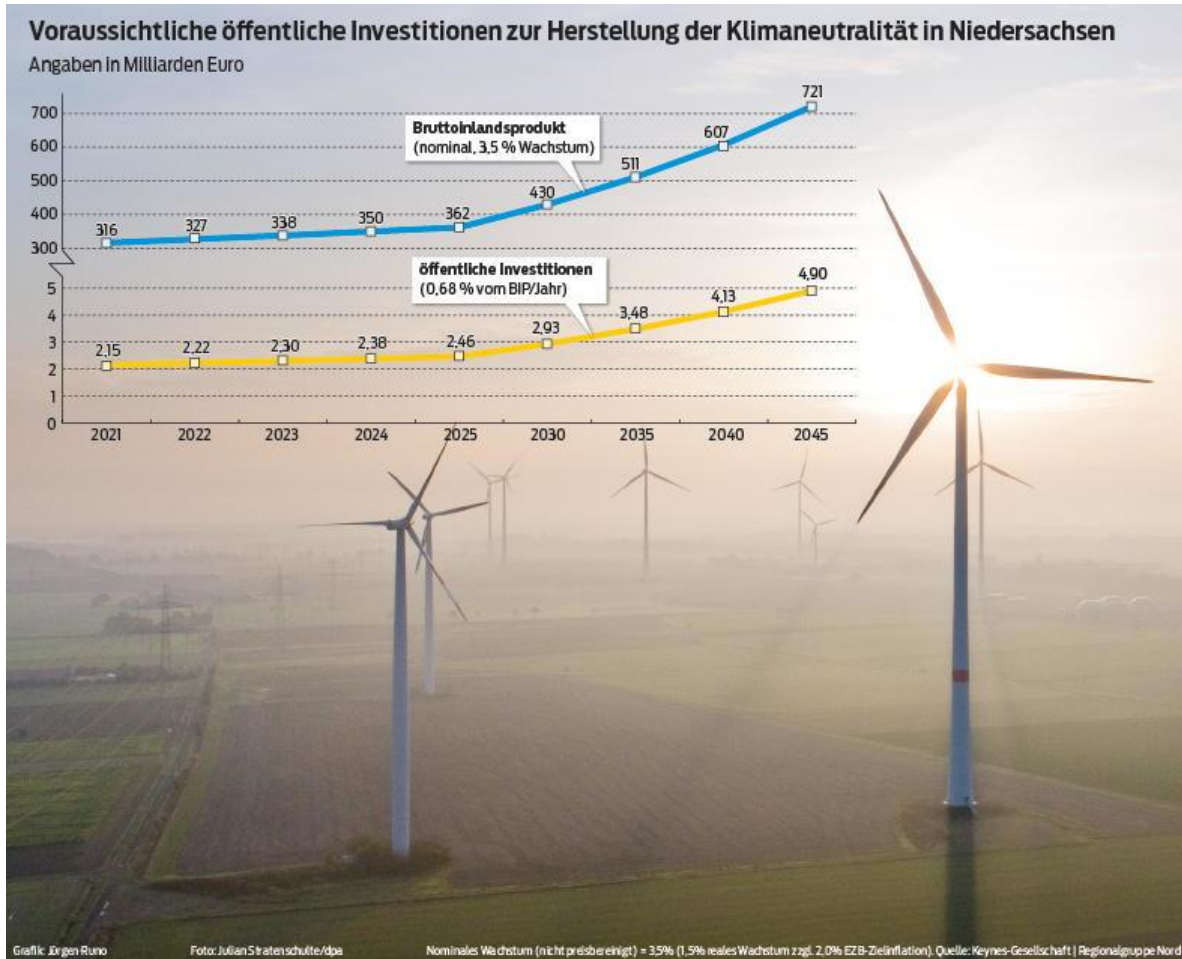


Kampf gegen Klimawandel: 418 Euro pro Kopf und Jahr

Damit Niedersachsen bis 2045 klimaneutral wird, sind laut Studie große Investitionen von Land und Kommunen unumgänglich. Das kostet.



Von Andre Dolle

Braunschweig Damit Niedersachsen bis 2045 die angestrebte Klimaneutralität erreicht, stehen noch große Anstrengungen bevor. Das dürfte jedem klar sein. Laut einer Studie der Regionalgruppe Nord der Keynes-Gesellschaft sind enorme Investitionen des Landes Niedersachsen und der Kommunen unausweichlich, damit das Land seine Klimaziele erreicht.

Bis 2045 beziffert Torsten Windels, ehemaliger Chefvolkswirt der landeseigenen Nord-LB und Autor der Studie, die Gesamtkosten auf 83,6 Milliarden Euro. Das klingt erst mal enorm. Ist es auch. Und doch sagte Windels unserer Zeitung: „Angesichts der Größe und Bedeutung der Aufgabe ist die Summe viel, aber nicht unmöglich, zumal es keine Alternative gibt und Abwarten teurer wird.“

Pro Jahr ergibt sich laut Windels ein Investitionsbedarf in Niedersachsen von 3,35 Milliarden Euro. Das sind umgerechnet 418 Euro pro Niedersachse und Jahr. Windels berechnete den Investitionsbedarf auf Grundlage verschiedener Studien, führte sie zusammen.

Für das laufende Jahr kommt Windels auf einen Bedarf von 2,22 Milliarden Euro. Sie verteilen sich mit mehr als 1,5 Milliarden Euro zum Beispiel auf Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, den Kauf von E-Autos für die Fahrzeugflotten von Land und Kommunen, den Ausbau der Wind- und Solarkraft sowie weiteren knapp 700 Millionen Euro für die Förderung privater Investitionen, zum Beispiel für die klimafreundlichere Sanierung von Gebäuden, der umweltfreundlicheren Produktion in der Industrie in Niedersachsen.

Windels geht davon aus, dass der Bedarf in den kommenden Jahren wachsen wird. Für das Jahr 2030 geht der Ex-Chefvolkswirt der Nord-LB von 2,93 Milliarden Euro aus, 2045 sind es laut seiner Prognose fast 5 Milliarden Euro.

Die 2,22 Milliarden sind laut den Autoren der Studie in Relation zum Haushalt gar nicht so viel. Im Verhältnis zum Haushalt 2020 von Land und Kommunen entsprechen die Klima-Milliarden 3,6 Prozent und im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt 2021 in Niedersachsen etwa 0,68 Prozent. Das BIP betrug im vergangenen Jahr mehr als 300 Milliarden Euro.

Diese 0,68 Prozent hat Windels auch für die Folgejahre zugrunde gelegt und ein Wirtschaftswachstum vorausgesetzt.

In den derzeitigen Programmen des Landes sind bereits 1,8 Milliarden Euro geplant, „die dringend aufgestockt werden müssen“, wie Windels fordert. Auch in den niedersächsischen Kommunen gibt es bereits zahlreiche Initiativen und Aktivitäten, die aber bisher nicht erfasst wurden. Bisher tappen Land und Kommunen also weitgehend im Dunkeln. Zur Verbesserung der Transparenz empfiehlt Windels dringend die Auflage eines langfristigen „Niedersächsischen Klimainvestitionsplans“, in dem Land und Kommunen Bedarfe und den Fortschritt dokumentieren sollen.

Angesichts der Herausforderung mit Blick auf den Klimawandel fordert Windels: „Das Budget muss aufgestockt werden.“ Der Ex-Chefvolkswirt warnt aber davor, die Summen durch Sparen oder Umschichten zu bewältigen. Er sagte: „Wir dürfen die Klimapolitik nicht gegen andere öffentliche Bereiche wie die Bildung, soziale Versorgung, Hochschulen, Gesundheit, Sicherheit oder Kultur ausspielen.“

Und woher dann das Geld nehmen? Schließlich muss auch Niedersachsen die Schuldenbremse einhalten. Windels schlägt die „Erklärung des Klimanotstands“ vor. Diese würde die Schuldenbremse außer Kraft setzen – wie bei der Pandemie etwa. Eine weitere Möglichkeit laut Windels: Die Schaffung eines „Sondervermögens Klimaschutz“ – wie analog aktuell im Bund bei der Ausrüstung der Bundeswehr etwa. Windels brachte zudem die globale Finanzkrise ins Spiel, bei der die Bundesregierung 2008 ad hoc 500 Milliarden Euro bereit stellte, um die Bankenkrise abzuwenden. Ergo, laut Windels: Wo ein Wille, da ist ein Weg.

Natürlich steht Niedersachsen vor enormen Investitionen, das sieht auch der Ex-Chefvolkswirt so. Nur, so argumentiert er: Wenn wir jetzt nicht investieren, werden die Folgen des Klimawandels für alle noch viel teurer. Jährlich im Schnitt 3,35 Milliarden Euro bis 2045 im Kampf gegen den Klimawandel alleine in Niedersachsen? Windels: „Das ist machbar.“

Städtetag will neues Fördersystem für Klimaschutz

Windels steht mit seinen Forderungen nicht alleine da. Auch der Deutsche Städtetag will ein grundlegend neues staatliches Fördersystem, um Maßnahmen für den Klimaschutz zu verstärken. „Aus Sicht der Städte gab es bisher viel zu oft kurzatmige und schwerfällige Förderprogramme des Bundes, die bestenfalls ein Strohfeuer verursacht haben“, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy der Deutschen Presseagentur. „Das ist nicht mehr zeitgemäß, weil wir für Klimaneutralität rasch und wirksam handeln müssen.“

Nach einem Konzept des Städtetags sollen die Kommunen feste Klimaschutz-Budgets für mindestens zehn Jahre erhalten. Das soll vor Ort Planungssicherheit schaffen, um zum Beispiel Schulgebäude energetisch zu sanieren oder eine Wärmeversorgung ohne fossile Energie hinzubekommen.

„Bisher bestehen viele parallele Förderprogramme, die die gleichen Ziele verfolgen“, so Dedy. „Die technischen Vorgaben sind viel zu detailliert. Der Einsatz der Mittel und die erzielte Wirkung für den Klimaschutz passen nicht zusammen. Dieser Ansatz ist kein guter Weg, um rasch und wirkungsvoll Innovationen zu ermöglichen.“

Die Klimaschutz-Budgets sollten von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden. Die Bundesmittel sollten auf die Länder nach Einwohnerzahl aufgeteilt werden. Die Länder könnten weitere Kriterien wie Finanzschwäche oder regionale Besonderheiten berücksichtigen, wenn sie das Geld auf die Kommunen aufteilen. Viele bestehende Förderprogramme könnten in dem neuen Programm mit festen Budgets für Klimaschutz aufgehen.

„Natürlich müssen Bund und Länder bei Förderprogrammen darauf achten, dass die Gelder sachgerecht ausgegeben werden“, so Dedy weiter. „Der damit verbundene Verwaltungsaufwand ist aber oft zu hoch, und die Nachweispflichten ufern aus. Bei einer neuen wirkungsorientierten Förderung muss die Kommune nachweisen, dass sie die Klimafolgen sachgerecht abgeschätzt und das Projekt tatsächlich umgesetzt hat.“

Die Höhe der Förderung sollte sich nach den zu erwartenden CO₂ -Einsparungen eines Projektes richten, so Dedy. Die Kommunen würden vor allem Projekte in Angriff nehmen, bei denen die Klimawirksamkeit je Euro besonders groß sei.